



ANHÖ- NÉMET NYELVŰ HETI HÍRÖSSZEFOGLALÓ

15. hét

2019.04.08.

ZUSAMMENFASSUNG

- **Ungarische Innenpolitik** – *Nicht alle Abgeordneten haben dem Aktionsplan zum Schutz der Familien zugestimmt:* Das Parlament hat die durch die Regierung eingereichte Vorlage über jene Gesetzesänderungen, die für die Einführung des Aktionsplans zum Schutz der Familien erforderlich sind, mit 176 Ja-Stimmen bei 10 Nein-Stimmen und 6 Stimmenthaltungen angenommen. Nach dem Inkrafttreten der Änderungen werden mit Wirkung vom 1. Juli gleich vier Elemente des aus insgesamt sieben Punkten bestehenden Aktionsprogramms umgesetzt.
- **Wirtschaftspolitik** – *Die Staatsschulden gemessen am BIP sind weiter gesunken:* Innerhalb eines Jahrzehnts ist die Schuldenrate des ungarischen Staates gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) um annähernd zehn Prozentpunkte gesunken. Die 2018 erreichten 70,8 Prozent sind der beste Wert, der seit 2008 ausgewiesen wurde, wobei auch die Schuldenstruktur günstige Veränderungen durchlief.
- **Außenpolitik, Außenwirtschaft** – *In dieser Woche könnte eine neue Plattform in der Europapolitik entstehen:* Nur sieben Wochen vor dem Termin der Wahlen zum Europaparlament zeichnet sich der Plan zur Gründung einer neuen Parteienfamilie ab: Der italienische Innenminister Matteo Salvini möchte unter der Bezeichnung „Allianz der europäischen Völker und Nationen“ eine neue europäische Formation in Mailand gründen, wobei die genaue Zahl der Teilnehmer an dieser Initiative noch nicht bekannt ist.
- **Nachrichten, die Beachtung verdienen** – *Das britische Unterhaus hat Premierministerin Theresa May zu einer nochmaligen Verlängerung aufgefordert:* Wenngleich mit nur einer einzigen Stimme, hat das britische Unterhaus der konservativen Regierungschefin doch eine Verschiebung des für den 12. April vorgesehenen Austrittstermins vorgeschrieben, nachdem kein einziges der vor zwei Wochen skizzierten, insgesamt neun alternativen Austrittsszenarien im Parlament in London eine Mehrheit erhalten konnte.

UNGARISCHE INNENPOLITIK

DER AKTIONSPLAN ZUM SCHUTZ DER FAMILIEN WURDE NICHT DURCH ALLE ABGEORDNETEN UNTERSTÜTZT

Das Parlament hat die durch die Regierung eingereichte Vorlage über jene Gesetzesänderungen, die für die Einführung des Aktionsplans zum Schutz der Familien erforderlich sind, mit 176 Ja-Stimmen bei 10 Nein-Stimmen und 6 Stimmenthaltungen angenommen. Nach dem Inkrafttreten der Änderungen werden mit Wirkung vom 1. Juli gleich vier Elemente des aus insgesamt sieben Punkten bestehenden Aktionsprogramms umgesetzt.

Wenngleich sämtliche im Parlament vertretenen Oppositionsparteien den durch den Ministerpräsidenten vorgestellten komplexen Aktionsplan zum Schutz der Familien im Vorfeld mit heftigen Kritiken belegten, stimmte auf der Plenarsitzung vergangene Woche doch eine Mehrheit der Abgeordneten für die diesbezügliche Vorlage. So wurde die Vorlage durch die Fraktionen von Jobbik, Sozialisten und LMP mitgetragen. Keine Unterstützung fand der Vorschlag derweil von Seiten der DK und der Párbeszéd, obgleich sich doch in dieser Frage ein weitgehender gesellschaftlicher Konsens herausgebildet hat. Die Abgeordneten der DK konnten mit ihren Gegenstimmen kaum überraschen, verfolgt die Partei von Ferenc Gyurcsány doch die Zielstellung, jenes Lager von 5-7 Prozent der Wähler aktiv und in einem leicht mobilisierbaren Zustand zu halten, das unter allen Umständen zu dieser Partei hält. In symbolischen Fragen dieser Art dient deshalb eine Aktion, die der mehrheitlichen Meinung der Gesellschaft zuwiderläuft, genau den Zielstellungen dieser Partei.

Das Parlament beschloss des Weiteren Änderungen zum Einbau von durch den Europarat empfohlenen Garantien, mit denen die Unabhängigkeit der Verwaltungsgerichte weiter gestärkt wird. Diese Gesetzesänderung wurde durch die Abgeordneten der Regierungskoalition und den Vertreter der nationalen Minderheiten unterstützt. Das Parlament müsste bis zum 31. Mai den Präsidenten des Obersten Verwaltungsgerichts wählen. Bislang galt András Patyi als aussichtsreicher Kandidat für diese Position, im gegenwärtigen Augenblick ist jedoch nicht zu erkennen, wer für dieses Amt ernannt wird. Der Präsident des Obersten Verwaltungsgerichts wird ebenso wie der Präsident der Kurie auf Vorschlag des Staatspräsidenten für neun Jahre durch das Parlament gewählt. Für die Wahl der Präsidenten der Kurie und des Verwaltungsgerichts werden zwei Drittel der Stimmen der Parlamentsabgeordneten benötigt.

Ein weiteres wichtiges innenpolitisches Ereignis war in der vergangenen Woche der Auftakt zum Europawahlkampf des Fidesz am Freitag. Die Rede von Ministerpräsident Viktor Orbán bekräftigte, dass in den bis zum Wahltermin verbleibenden sieben Wochen die Migration und die sicherheitspolitischen Risiken der illegalen Einwanderung sowie die Herausbildung neuer Kräfteverhältnisse den Wahlkampf bestimmen werden.

UNGARISCHE WIRTSCHAFTSPOLITIK

DIE STAATSSCHULDEN SIND GEMESSEN AM BIP WEITER GESUNKEN

Innerhalb eines Jahrzehnts ist die Schuldenrate des ungarischen Staates gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) um annähernd zehn Prozentpunkte gesunken. Die 2018 erreichten 70,8 Prozent sind der beste Wert, der seit 2008 ausgewiesen wurde, wobei auch die Schuldenstruktur günstige Veränderungen durchlief.

Im Jahre 2018 sind die ungarischen Staatsschulden im Vergleich zu den ein Jahr zuvor gemessenen Angaben um weitere 2,6 Prozentpunkte gesunken. Dieser Rückgang um nahezu drei Prozentpunkte ist der beste Wert, der seit Amtsantritt der zweiten Orbán-Regierung erzielt werden konnte. Dieses Tempo des Schuldenabbaus ist aber auch deshalb bemerkenswert, weil es gelungen ist, unbeeindruckt vom vorjährigen Wahljahr sowohl die Staatsschuldenvorgabe als auch das geplante Defizitziel des Staatshaushalts zu erfüllen. Letztere Zahl erreichte an Stelle der ursprünglich geplanten 2,4 Prozent schließlich 2,2 Prozent am BIP. Eine wichtige Angabe ist zudem, dass der Anteil der in ausländischer Hand befindlichen Staatsschulden seit 2010 auf 26 Prozent gefallen ist.

Die fortlaufende Senkung des Schuldenbestands bleibt auch künftig ein Eckpunkt der Wirtschaftspolitik dieser ungarischen Regierung. Im Sinne eines im Ungarischen Amtsblatt veröffentlichten Regierungsbeschlusses beabsichtigt die Regierung, die Staatsschulden am BIP unter Ausklammerung der Eximbank bis Ende 2019 auf 68 Prozent und bis Ende 2020 weiter auf 64,5 Prozent zu senken. Der Saldo des Staatshaushaltes soll eine ähnlich sinkende Kurve beschreiben, wobei die Vorgabe für das laufende Jahr auf 1,8 Prozent lautet. Um dies zu erreichen, kommt dem Wirtschaftswachstum eine maßgebliche Rolle zu. Nachdem das Wachstum 2018 auf 4,9 Prozent zunehmen konnte, werden für 2019 vorsichtiger und konservativere Prognosen formuliert: Die meisten Wirtschaftsakteure rechnen nun noch mit einem Wachstum von 3,5-4,0 Prozent.

Bei der Verwaltung der Staatsschulden erhält auch die Entwicklung des Bestands an Staatsanleihen bei der Bevölkerung zunehmende Bedeutung. Das Finanzministerium beschloss jüngst, Staatspapiere aufzulegen, die für die Bevölkerung leicht zu erreichen sind, mit einer einfachen und sicheren Konstruktion sowie hohem Ertrag, deren Emission im Juni beginnen wird. Mehr als 20 Prozent der Staatsschulden befinden sich mittlerweile bei der Bevölkerung, die als zuverlässiger Anleger und Finanzier anzusehen ist. Die Zielstellung des Programms attraktiver Anleihen lautet, den Bestand an Staatsanleihen bei der Bevölkerung von gegenwärtig 6.000 Milliarden Forint binnen fünf Jahren auf 11.000 Milliarden Forint hochzuschrauben.

AUSSENPOLITIK UND AUSSENWIRTSCHAFT

IN DIESER WOCHE KÖNNTE SICH EINE NEUE PLATTFORM IN DER EUROPAPOLITIK FORMIEREN

Nur sieben Wochen vor dem Termin der Wahlen zum Europaparlament zeichnet sich der Plan zur Gründung einer neuen Parteienfamilie ab: Der italienische Innenminister Matteo Salvini möchte unter der Bezeichnung „Allianz der europäischen Völker und Nationen“ eine neue europäische Formation in Mailand gründen, wobei die genaue Zahl der Teilnehmer an dieser Initiative noch nicht bekannt ist.

Den vorläufigen Informationen folgend dürften die Dänische Volkspartei, die AfD aus Deutschland, die Wahren Finnen, die FPÖ aus Österreich, die polnische PiS, die Nationale Sammlungsbewegung aus Frankreich unter Führung von Marine Le Pen und Salvinis Partei, die italienische Lega, an dem Treffen teilnehmen. Ausgehend von der laufend aktualisierten Mandatsschätzung des Nézőpont-Instituts für das neue Europaparlament dürften die aufgezählten Parteien bei den Wahlen im Mai mit 94 Abgeordnetensitzen rechnen können. Außer den Genannten könnten sich noch zahlreiche andere Parteien dieser Allianz anschließen, die am ehesten mit dem gemeinsamen Substantiv als „Souveräne“ einzuordnen wären und deren Fraktionsgröße auch ohne den Fidesz weit über einhundert Abgeordneten liegen dürfte. Die Position der ungarischen Regierungspartei ist eine Schlüsselfrage, nachdem sie einzig mit Parteien in eine Fraktion eintreten will, die auch für die Europäische Volkspartei koalitionsfähig wären. Nachdem die Partei von Marine Le Pen und die AfD nicht dazu gehören, ist nur zu verständlich, dass keine wichtigeren Fidesz-Politiker an dem Gipfeltreffen am Montag teilnehmen werden.

Das primäre Ziel des Fidesz lautet ohnehin nicht, eine neue Fraktion der Einwanderungsgegner im Europaparlament einzurichten, sondern die EVP von innen zu reformieren, um deren Wende nach rechts zu befördern. Der Fidesz erfreut sich unverändert des Vertrauens einer absoluten Mehrheit der ungarischen Bürger: Laut Umfrageergebnissen des Nézőpont-Instituts vom März würde die Regierungspartei bei einer Wahl am kommenden Sonntag 56 Prozent der Stimmen holen und demnach 14 Abgeordnete ins Europaparlament entsenden können. Dementsprechend könnten der Fidesz und seine Verbündeten aus dem Karpatenbecken im nächsten Zyklus durchaus ein Zehntel der EVP-Fraktion stellen, womit sie einen außerordentlichen Einfluss auf die Entscheidungsfindung ähnlich jenem der spanischen Volkspartei oder der französischen Republikaner nehmen könnten. Dieses enorme Potenzial könnte der Fidesz gleich am Anfang der Legislaturperiode ausnutzen, weil die EVP nach jetzigem Stand unbedingt auf seine Stimmen angewiesen ist, damit Manfred Weber als Präsident der Europäischen Kommission gewählt werden kann.

NACHRICHTEN, DIE BEACHTUNG VERDIENEN

DAS UNTERHAUS IN LONDON HAT PREMIERMINISTERIN THERESA MAY ZU EINER NEUEN VERLÄNGERUNG VERPFLICHTET

Das Unterhaus des britischen Parlaments beantragte in der vergangenen Woche eine Prolongierung des Austrittstermins vom 12. April, nachdem sämtliche neun alternativen Vorschläge bezüglich des Brexits bei der Abstimmung scheiterten. Allerdings ist für eine Aufschiebung des Austrittstermins die einhellige Zustimmung aller 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union erforderlich. In dieser Woche findet deshalb am 10. April ein Sondergipfel der EU statt, mit dem Ziel, eine Vereinbarung über die Modifizierung des zuletzt beschlossenen Datums für den Austrittstermin zu erzielen. Während die britische Premierministerin Theresa May um einen Aufschub bis zum 30. Juni ersucht, gleichzeitig aber anstrebt, dass ihr Land noch vor dem Termin der Wahlen zum Europaparlament austreten wird, schlug der Präsident des Europäischen Rates, Donald Tusk, einen sogenannten flexiblen Brexit vor, welcher im Kern darin besteht, dass die Briten innerhalb eines befristeten Zeitraums von einem Jahr jederzeit die Gemeinschaft verlassen können, sobald ihr eigenes Parlament die entsprechende Vereinbarung beschlossen hat. Es lohnt daran zu erinnern, dass die ungarische Regierung vor dem Zeitpunkt des Brexit-Votums bei jeder Gelegenheit gegen einen Austritt der Briten Stellung bezog, im Anschluss daran für einen erleichterten Austritt und einen geordneten Brexit argumentierte. Von

Seiten der Europäischen Kommission und der sonstigen Institutionen der Gemeinschaft war eine solche Flexibilität aber nicht wahrzunehmen. Die anhaltende Unsicherheit belastet zunehmend die Glaubwürdigkeit der heutigen politischen Elite in der Europäischen Union und in Großbritannien.

DIE NATO HAT DAS 70. JUBILÄUM IHRER GRÜNDUNG GEFEIERT

Der Nordatlantikpakt (NATO) wurde am 4. April 1949 gegründet. Die Einstellung zur NATO ist eine entscheidende Frage in Mitteleuropa, handelt es sich doch um eines der wichtigsten Verteidigungsbündnisse in der Region. Laut repräsentativer Meinungserhebung des Nézőpont-Instituts haben durchschnittlich 64 Prozent der Bewohner Mitteleuropas (Bulgarien, Tschechien, Kroatien, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Ungarn sowie im Falle Deutschlands das Bundesland Bayern und die auf das Territorium der ehemaligen DDR entfallenden östlichen Bundesländer) erklärt, die NATO-Mitgliedschaft erweise sich für ihr Land eher als vorteilhaft, während nur 26 Prozent diese eher als negativ ansahen. In absoluten Zahlen ausgedrückt heißt das, für 71 Millionen unter den 100 Millionen Wählern Mitteleuropas ist es vorteilhaft, dass ihr jeweiliges Heimatland Mitglied der NATO ist. Innerhalb Mitteleuropas sind wiederum die V4-Mitglieder besonders engagiert, was die NATO anbelangt: Die Einwohner dieser vier Länder bezeichnen es im Durchschnitt zu 71 Prozent als vorteilhaft und lediglich jeder Fünfte (20 Prozent) als negativ, dass ihr Land zugleich Mitglied der NATO ist. In Ungarn bewerteten zwei Drittel der Wähler (67 Prozent) die Teilnahme an dem militärischen und Verteidigungsbündnis eher als vorteilhaft, aber nur ganze 15 Prozent eher als nachteilig. Bei der Beurteilung der NATO erscheint am ehesten das Verhältnis zu Russland als ausschlaggebend, wobei die Angaben der Umfrage zeigen, dass es unter den Einwohnern der Visegrád-Staaten auch auf dem Gebiet der Verteidigungspolitik einen Konsens gibt.

PROGNOSE

- Zum 21. Mal kommt es zu einem Gipfel zwischen China und der Europäischen Union, nachdem Rumänien als Inhaber der Ratspräsidentschaft wiederholt auf informellen Außenministertreffen die Vertiefung der Beziehungen zwischen diesen beiden Akteuren der internationalen Politik auf die Tagesordnung setzte.

Der chinesische Staatspräsident Xi Jinping hat vor dem in dieser Woche anstehenden Gipfeltreffen in mehreren Mitgliedstaaten der Europäischen Union Verhandlungen geführt. Laut einer Absichtserklärung, die im Beisein des italienischen Ministerpräsidenten Giuseppe Conte unterzeichnet wurde, nimmt Italien als erstes G7-Land an dem chinesischen Großvorhaben zur Entwicklung von Wirtschaft und Infrastruktur, „Ein Band, eine Straße“ teil, wonach sich die Italiener der chinesischen Initiative der Neuen Seidenstraße anschließen wollen. Auf dem geplanten Gipfeltreffen mit den 27 EU-Mitgliedstaaten werden ebenfalls hauptsächlich Fragen wirtschaftlicher Natur in den Vordergrund rücken. Der ungarische Standpunkt in dieser Frage ist eindeutig: Es liegt im Interesse Mitteleuropas, dass die EU eine pragmatische China-Politik verfolgt, um das Wirtschaftspotenzial der Zusammenarbeit auszuschöpfen.